

Pressemitteilung

Immobilienwirtschaft legt Mitarbeit im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen vorerst auf Eis

Berlin, 16.11.2016 – In Reaktion auf den von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzplan 2050, der eine kurzfristig hinzugefügte zusätzliche Mehrbelastung für den Gebäudesektor in Deutschland enthält, sehen die großen Verbände der deutschen Immobilienwirtschaft vorerst keine Grundlage mehr für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bundesregierung im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen. Bis Ende Januar soll mit den zuständigen Fachministerien geklärt werden, inwieweit bei den Klimaschutzziele noch ein gemeinsamer Weg gefunden werden kann. Bis dahin wird die Mitarbeit der Verbände der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) sowie von Haus & Grund im Bündnis stillgelegt. Das haben die entsprechenden Verbände heute der Bundesregierung in einem gemeinsamen Brief mitgeteilt.

Hintergrund dieser Entscheidung ist die am Freitag bekannt gewordene durch Bauministerin Hendricks noch kurzfristig veranlasste Verschärfung der Einsparziele im Gebäudesektor um acht Millionen Tonnen CO₂ bis zum Jahr 2030.

Hierzu erklären die Präsidenten der größten Verbände der Immobilienwirtschaft:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen:

„Die Immobilienwirtschaft nimmt eine Vorbildrolle beim Klimaschutz ein“, sagt Andreas Ibel, Vorsitzender der BID und Präsident des BFW Bundesverbandes. „Im Gegensatz zu anderen Sektoren hat die Immobilienwirtschaft auf sozialverträgliche Art und Weise beim Klimaschutz bereits die Mindestziele für 2020 erreicht. Die weiteren Schritte müssen daher nicht nur wirtschaftlich sein, sondern auch einen Beitrag für



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen



Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter e.V.



Haus & Grund®

Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.



VERBAND DEUTSCHER
PFANDBRIEFBANKEN



Die Stimme der Immobilienwirtschaft



die Bezahlbarkeit von Wohnen und Bauen leisten. Wenn die Erkenntnisse der Bündnisarbeit dafür nicht genutzt werden, verliert das Bündnis seine Sinnhaftigkeit.“

Dachverband Deutscher Immobilienverwalter (DDIV):

„Unter dem Eindruck der angespannten Wohnungsmärkte in den Ballungsgebieten und des anhaltenden Zustroms nach Deutschland würde eine weitere Verschärfung der energetischen Auflagen den dringend benötigten Neubau bremsen und die Bewirtschaftungskosten weiter nach oben treiben“, sagt Wolfgang D. Heckeler, Präsident des DDIV. „Dies kann nicht im Interesse der Regierung sein und ist vor allem auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen nicht zielführend.“

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen:

„Die Wohnungswirtschaft bekennt sich ausdrücklich zu dem Ziel der Bundesregierung, einen lebenswerten, bezahlbaren und nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 zu schaffen“, sagt Axel Gedaschko, Präsident des GdW. „Mit der nun kurzfristig hinzugefügten Mehrbelastung unserer Branche ist am Ende aber weder den Mietern und Vermietern noch der Klimaschutzpolitik in Deutschland geholfen.“

Haus & Grund Deutschland:

„Haus & Grund spricht sich gegen Zwang und für eine Energie- und Klimapolitik mit Augenmaß aus. Die energetischen Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele müssen für die Bürger nachvollziehbar und vor allem bezahlbar bleiben“, sagt Kai H. Warnecke, Präsident von Haus & Grund Deutschland. „Jede Tonne Kohlendioxid, die bei den Gebäuden zusätzlich eingespart werden soll, muss sehr teuer erkaufte werden, weil die günstigen Einsparmaßnahmen längst umgesetzt wurden.“

IVD Bundesverband:

„Willkürliche Eingriffe in das Eigentum und spontan erhöhte Anforderungen, nur um anderen Sektoren gerecht zu werden, senden ein verheerendes Signal an die gesamte Immobilienwirtschaft. Die

Bundesregierung sollte sich doch eigentlich der Bedeutung unserer Branche bewusst sein. Entscheidungen über unseren Kopf hinweg, die die Wirtschaftlichkeit der Immobilienwirtschaft weiter gefährden, stellen auch ein Risiko für die vertrauensvolle Zusammenarbeit dar“, erklärt Jürgen Michael Schick, Präsident des Immobilienverbands IVD.

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss:

„Im Klimaschutzplan bleiben die brancheneigenen Vorschläge komplett unberücksichtigt“, sagt Dr. Andreas Mattner, Präsident des ZIA. „Die Quartiersebene findet ebenso keine Beachtung wie die Einbeziehung von nicht direkt am Gebäude erzeugter Erneuerbarer Energien. Unsere Bemühungen, bezahlbares Wohnen, Arbeiten und Versorgen für alle Bevölkerungsschichten zu ermöglichen und zu sichern, werden durch den übereilten und unabgestimmten Beschluss des Klimaschutzplans durch die Bundesregierung gefährdet. Unsere Branche, mit 19 Prozent der Bruttowertschöpfung und zwölf Prozent aller Erwerbstätigen eine zentrale Säule der deutschen Volkswirtschaft, gerät durch die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung ins Hintertreffen. Eine solche Benachteiligung ist unter keinen Umständen akzeptabel.“

BID

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info

Kontakt

c/o BFW e.V.
Französische Straße 55
10117 Berlin

Leiter BID-Büro:

Florian Geyder
Tel.: 030 / 32781-250
Fax.: 030 / 32781-299
Mobil 0173 / 596 70 86
E-Mail: florian.geyder@bid.info

Pressekontakt:

André Schneider
Stellvertretender Pressesprecher des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Unter den Linden 42
10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 23

E-Mail: andre.schneider@zia-deutschland.de

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche. www.bfw-bund.de

DDIV Dachverband Deutscher Immobilienverwalter

Der Dachverband Deutscher Immobilienverwalter ist der Berufsverband der treuhänderisch und hauptberuflich tätigen Haus- und Immobilienverwalter in Deutschland. Gemeinsam mit seinen zehn Landesverbänden vertritt der Verband über 2.100 Mitgliedsunternehmen. Diese verwalten rund 4,1 Millionen Wohnungen mit einem Wert von 490 Milliarden Euro, darunter allein 2,7 Millionen Eigentumswohnungen. Der DDIV tritt ein für eine nachhaltige Professionalisierung und Qualifizierung der Wohnungsverwaltung. Er setzt sich ein für einen wirksamen Verbraucherschutz, fordert einheitliche Berufszugangsregelungen und adäquate politische Rahmenbedingungen. Der Berufsverband ist ständiges Mitglied im Wohnungswirtschaftlichen Rat der Bundesregierung, im Bündnis für Bezahlbares Wohnen und Bauen und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland. www.ddiv.de

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften. www.gdw.de

Haus & Grund

Haus & Grund ist mit rund 900.000 Mitgliedern der mit Abstand größte Vertreter der privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Deutschland. Den Zentralverband mit Sitz in Berlin tragen 22 Landesverbände und über 900 Ortsvereine. Die privaten Immobilieneigentümer verfügen über 80,6 Prozent aller Wohnungen in Deutschland. Sie bieten 66 Prozent der Mietwohnungen und knapp 30 Prozent aller Sozialwohnungen an. www.hausundgrund.de

IVD Bundesverband

Der IVD ist die Berufsorganisation und Interessensvertretung der Beratungs- und Dienstleistungsberufe in der Immobilienwirtschaft. Der IVD ist mit ca. 6.000 Mitgliedsunternehmen, davon 1.500 Wohnungsverwalter, der zahlenmäßig stärkste Unternehmensverband der Immobilienwirtschaft. Zu den Mitgliedsunternehmen zählen Immobilienberater, Immobilienmakler, Bauträger, Immobilienverwalter, Finanzdienstleister und Bewertungs-Sachverständige und viele weitere Berufsgruppen der Immobilienwirtschaft. Die Aufnahme in den IVD Bundesverband erfolgt nach Abschluss einer umfassenden Sach- und Fachkundeprüfung und gegen Nachweis des Abschlusses einer Vermögensschadenhaftpflichtversicherung. Der vollständige Name des Verbandes lautet: „Immobilienverband Deutschland IVD Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen e.V.“ www.ivd.net

vdp Verband deutscher Pfandbriefbanken

Die im Verband deutscher Pfandbriefbanken zusammengeschlossenen Mitgliedsinstitute sind seit Jahren Marktführer für gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland und haben auch bei der Finanzierung von Wohnimmobilien beachtliche Marktanteile. Als Repräsentant seiner Mitgliedsinstitute nimmt der vdp die Interessen der Pfandbriefbanken gegenüber nationalen und europäischen Entscheidungsgremien sowie gegenüber einer breiteren Fachöffentlichkeit wahr. Das Know-how des vdp ist auf die spezifischen Anforderungen der Pfandbriefemittenten – den Pfandbrief und das deckungsfähige Kreditgeschäft – zugeschnitten. Der vdp betreut seine Mitgliedsinstitute zudem in regulatorischen Fragestellungen und vertritt diese gegenüber den nationalen Aufsichtsbehörden. Im Rahmen der Group Governance werden in den Verbandsgremien Informationen und Erfahrungen aus den Mitgliedsinstituten ausgetauscht, aufbereitet und zu Marktstandards entwickelt. Der vdp bietet seinen Mitgliedsinstituten darüber hinaus Geschäftslösungen, die das besondere Kredit- und Emissionsgeschäft der Pfandbriefbanken unterstützen. www.pfandbrief.de

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) gehört zu den bedeutendsten Interessenverbänden der Branche. Er versteht sich als Stimme der Immobilienwirtschaft und spricht mit seinen Mitgliedern, unter diesen mehr als 20 Verbände, für 37.000 Unternehmen der Branche. Der ZIA will der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung geben, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner. www.zia-deutschland.de